

Redebeitrag von Stadträtin Rebekka Grotjohann zur aktuellen Debatte mit dem Titel „Dürre und Niedrigwasser in Magdeburg“ in der Stadtratssitzung am 27. August 2026

„Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Vorsitzender, werthe Beigeordnete,
sehr geehrte demokratische Kolleginnen und Kollegen,

34 Zentimeter. Ein neuer historischer Tiefstand der Elbe hier in Magdeburg. Herzlichen Glückwunsch.

Ich halte diese Rede nicht, weil ich glaube, hier im Saal säße die Lösung. Die eine Hälfte hier will sie ohnehin nicht hören. Die andere Hälfte weiß es längst und fühlt sich vermutlich genauso hilflos wie ich, nur redet sie selten so offen darüber. Spätestens seit 1990 verhandelt die Welt international über Klimaschutz. Seitdem sind die CO₂-Emissionen nicht gesunken, sondern gestiegen. Respekt, ehrlich. Allein im Juni sind in Deutschland über zwölftausend Menschen an den Folgen von Hitze gestorben. Die Antwort der Bundespolitik darauf: neue Ziele statt konkreter Taten.

Der Magdeburger Stadtrat wird die Klimakrise nicht lösen. Selbst wenn wir hier alles täten, was in unserer Macht steht, würde das die Dürre nicht beenden und den Pegel der Elbe nicht heben. Das entbindet uns aber nicht davon, dort zu handeln, wo wir handeln können.

Und Dürre und Hitze sind Ausdruck einer Krise, die zwar alle trifft, aber eben nicht alle gleich. Es macht einen Unterschied, ob man in einer Villa mit eigenem Pool im Garten wohnt und sich locker drei Klimaanlage pro Zimmer einbauen lassen könnte, weil man ein Vermögen jenseits von Gut und Böse angehäuft hat, oder ob man sich gerade so die eigene Miete leisten kann, jeden Euro am Monatsende zweimal umdreht und schon ins Schwitzen kommt, wenn man bei IKEA die Preise für Verdunkelungsvorhänge sieht. Das ist die soziale Frage hinter der Klimakrise. Und ja, dabei geht es auch um Superreiche, so unangenehm das manchen hier offenbar ist.

Für uns Linke ist deshalb klar: Wer über Dürre und Niedrigwasser redet und die soziale Frage ausklammert, redet an der Realität vorbei. Wir fordern und wiederholen bewusst, was in unserem Programm längst steht, weil es nicht erledigt ist: verbindlichen Hitzeschutz bei allen Bau- und Sanierungsvorhaben an Kitas, Schulen und Pflegeeinrichtungen. Den Erhalt der Kaltluftkorridore und Grünflächen der Innenstadt, ganz konkret am Prämonstratenserberg und der Wiese am Ulrichsplatz. Und ein Kleingarten-Sicherungskonzept, das diesen Namen auch verdient. Was wir uns nicht leisten können, sind irrsinnige Bauträume von einer dritten Elbquerung, die uns das Naturschutzgebiet Kreuzhorst kaputt machen, und den damit verbunden Schutz vor

Überflutungen kosten würde. Unsere Naturschutzgebiete müssen wir erhalten, hegen und pflegen.

Und das ist kein Einzelfall. Diese Stadt kann selbst gute politische Entscheidungen oft gar nicht treffen, weil ihr schlicht der finanzielle Rahmen dafür fehlt. Wir wissen alle, warum das so ist. Die Antwort sitzt in Berlin. Die Kommunen sind seit Jahrzehnten von Bund und Land finanziell ausgehungert. Ausgehungert, während wir hier über Dürre reden, man könnte fast von Ironie sprechen, wenn's nicht so bitter wäre. Bislang schaffen wir nur Klimaanpassung nach Kassenlage – und wer will, dass sich das ändert, muss endlich dafür sorgen, dass wir uns das leisten können.

Und ja, auch das Grundstück am Eulenberg ist Ausdruck genau dieser Ohnmacht: Wir als Stadt haben unser Vorkaufsrecht dort nicht genutzt. Jetzt gehört es dem Land Sachsen-Anhalt und wir bestimmen nicht mehr mit, welche Industrie sich dort ansiedelt und wie viel Wasser sie verbraucht. Vielleicht wird's ein Rechenzentrum. Vielleicht etwas anderes Durstiges. Wir erfahren es vermutlich, wenn die Bagger schon da sind.

Wer wie unsere Bundeswirtschaftsministerin allen Ernstes behauptet, Klimaschutz gefährde das Wirtschaftswachstum, dem sei gesagt: Nicht der Klimaschutz wird irgendwann das Wachstum beenden. Das schafft die Klimakrise ganz von allein, ein Blick auf die aktuellen Ernteauffälle reicht.

Und noch etwas gehört in diese Debatte: Ringsum, in den Landkreisen um Magdeburg, gilt längst ein Wasserentnahmeverbot. Magdeburg selbst drückt sich seit Jahren erfolgreich um dieses Gespräch. Ich finde, die Zeit dafür ist vorbei.

2026 wird, wenn sich diese Spirale so weiterdreht wie aktuell, eines der kühnsten Jahre sein, das wir in den nächsten zwanzig Jahren noch erleben werden. Merken Sie sich das ruhig. Wir haben keine klugen neuen Lösungen für die Elbe, die sich kommunal umsetzen ließen. Aber wir haben eine Haltung: Wer am wenigsten zur Klimakrise beigetragen hat, soll nicht am meisten unter ihr leiden müssen. Dafür steht Die Linke in diesem Rat heute, und solange es nötig ist. Und übrigens: seit 1824, spätestens 1856, ist der Treibhauseffekt in der Wissenschaft bekannt.

Vielen Dank.“

(Es gilt das gesprochene Wort)